

Fallbeispiel 2

Anfang 2023 hat Deutschland gemeinsam mit vier anderen Ländern vorgeschlagen, die Gruppe der PFAS deutlich zu beschränken. Dieses Vorhaben führte zu einem extremen Lobby Ansturm in Europa. Doch viele der von der Industrie vorgebrachten Argumente stützen sich auf falsche Angaben oder irreführende Studien.

Besonders umkämpft sind dabei die sogenannten Fluorpolymere. Industrievertreter bezeichnen diese Stoffe in ihren Lobbypapieren als "Polymers of Low Concern", also wenig besorgniserregende Stoffe. Das habe sogar die Internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) bestätigt. Das Problem: Das stimmt nicht. Die OECD erklärt auf Anfrage, sie habe "keine Bewertung von Fluorpolymeren durchgeführt". Auf der Website der Organisation heißt es zudem: "Es besteht keine Einigkeit darüber, dass Fluorpolymere wenig besorgniserregend sind".

Außerdem wird fast 1.000 Mal auf zwei wissenschaftliche Publikationen verwiesen, die darlegen, dass Fluorpolymere angeblich zu groß wären, um Schäden in menschlichen Zellen zu verursachen und somit unbedenklich seien. Die Autoren der wissenschaftlichen Publikationen waren jedoch entweder bei der Industrie angestellt oder von ihr bezahlte Berater, also nicht unabhängig.

Die Industrie scheint mit ihren Argumenten trotzdem Erfolg zu haben. Eine umfangreiche Beschränkung von PFAS erscheint inzwischen fraglich. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Habeck erklärt im August 2023, man dürfe "die Entwicklung von Technologien nicht durch Überregulierung verhindern, zumal der Einsatz in geschlossenen Systemen in der Produktion erfolgt." Das Kanzleramt schreibt, es lehne "pauschale, undifferenzierte Verbote ganzer Stoffklassen" ab. Die Politik lässt im Januar 2024 verlauten, die Fluorpolymere von der Beschränkung ausnehmen. Wieder mit Verweis auf das falsche Argument der "polymers of low concern". Auf Nachfrage, woher diese Information stammt, antwortet die Pressestelle: von der OECD. Die Organisation, die klargestellt hat, dass sie dies nie behauptet habe. Wie erfolgreich sich die falschen oder irreführenden Argumente von Industrievertretern durch die deutsche Politik ziehen, zeigt sich auch November 2023. Nach einem Treffen aller 16 Wirtschaftsminister veröffentlichen diese ihren Beschluss, der gleich mehrere falsche Behauptungen enthält. Darin ist nicht nur die Rede von unproblematischen Fluorpolymeren, auch der falsche Hinweis auf die OECD wird angeführt. Und es taucht eine Summe auf, die der Chemieproduktion angeblich bis 2040 jedes Jahr verloren gehen würde, wenn Chemikalien stärker beschränkt würden. Ein beinahe gleichlautender Satz findet sich in einer Studie, die der europäische Interessenverband der chemischen Industrie beauftragt hat.

Was sind PFAS?

- "Ewigkeitschemikalien"
- per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen
- Wichtig durch Antihafteigenschaften
- können in der Umwelt nicht abgebaut werden
- Zusammenhang mit Krebs, Leberschäden, Hormonstörungen, geschädigtem Immunsystem
- Industrie will "risikobasierten Ansatz" → Einzelne Prüfung jeder der 10.000 PFAS, lt. Experten nicht praktikabel → ermöglicht ersetzen durch sehr ähnliche Substanz

Fluorpolymere

- in Nutzungsphase idR ungefährlich
- Problem: Herstellung/Entsorgung → Verunreinigung des Abwassers, Verseuchung ganzer Landstriche
- könnten lt. Industrie in geschlossenen Systemen hergestellt werden → Gefahren minimieren, wird aber von Experten bestritten

Stand 02/2025

- PFAS Verbot sollte 2026 in Kraft treten, aber Entscheidung selbst auf 2026 verschoben → Umsetzung könnte sich verzögern
- Diskussion, ob vollständiges Verbot kommt oder ob es spezielle Ausnahmen in bestimmten Anwendungsbereichen geben soll
- Europäische Kommission prüft umfassendes Verbot oder eine schrittweise Einschränkung